



Bundestags- brief

Nr.48 • Die Woche im Bundestag • 05.12.2008



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Vom CDU-Bundesparteitag geht ein Signal der Stärke und Geschlossenheit aus

Der Bundesparteitag der CDU in Stuttgart hat gezeigt: Die Union ist die starke Volkspartei, die Deutschland sicher durch die Krise führt. Während die SPD innerlich tief zerrissen, verunsichert und immer noch auf der Suche nach dem richtigen Kurs ist, steht die CDU geschlossen hinter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die 94,8 Prozent Delegiertenstimmen, mit denen sie als Bundesvorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bestätigt wurde, sind ein deutliches Signal.

Europäischer Rat – Interessen Deutschlands vertreten:

Wenn am 11. und 12. Dezember die europäischen Staats- und Regierungschefs zum Europäischen Rat in Brüssel zusammenkommen, geht es um wichtige Interessen unseres Landes. Die Neugestaltung des Emissionshandels bleibt das zentrale Instrument, um Emissionen innerhalb der EU wirksam zu senken. Wir müssen aber darauf achten, dass es zu einem gerechten Lastenausgleich kommt. Deutschland ist der bedeutendste Industriestandort in Europa. Deshalb ist es unser zentrales Anliegen, dass die energieintensiven Unternehmen Kompensationen erhalten, damit es durch die Versteigerung von Zertifikaten nicht zu massiven Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil des produzierenden Gewerbes in Deutschland kommt. Gerade jetzt brauchen unsere Unternehmen endlich Planungssicherheit. Der gerechte Lastenausgleich ist auch bei der Frage der CO₂-Emissionen für Neuwagen geboten. Auch hier stellen wir uns einer einseitigen Industriepolitik entgegen, die Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet. Nachdem das tschechische Verfassungsgericht die juristischen Bedenken gegen eine Ratifizierung des Vertrags von Lissabon in Tschechien ausgeräumt hat, ist der Weg frei, dass auch der 26. Mitgliedsstaat diese wichtige, neue Handlungsgrundlage für die EU ratifizieren kann. Jetzt kommt es darauf an, dass auch Irland einen Weg

aufzeigt, wie dort mit dem Vertrag von Lissabon im nächsten Jahr umgegangen wird. Schließlich ist das Konjunkturprogramm ein wichtiger Teil der Maßnahmen gegen die realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarktkrise.

Mit der Förderung des Mittelstandes, Investitionen in Zukunftsbranchen sowie dem Schutz für Beschäftigung besteht das Programm aus einem richtigen Mix von koordinierten nationalen und europäischen Maßnahmen. Dabei darf die Frage der Ausgaben jedoch nicht allein das Maß aller Dinge sein. Die EU kann auch Instrumente nutzen, die keiner zusätzlichen Mittel bedürfen.

10.000 irakische Flüchtlinge werden in Europa aufgenommen:

In der vergangenen Woche haben die Justiz- und Innenminister in Brüssel beschlossen, bis zu 10.000 irakische Flüchtlinge in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufzunehmen. Dies ist ein großer Erfolg der Menschenrechts- und Kirchenpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und unseres Innenministers Wolfgang Schäuble.

Seit einem Jahr weisen wir auf die große humanitäre Not der irakischen Flüchtlinge in den Nachbarländern hin. Durch Stetigkeit und Nachdruck ist es nun gelungen, sich auf europäischer Ebene auf einen Beitrag zur Linderung dieser Krise zu einigen. Besonders prekär ist die Lage für Christen und andere religiöse Minderheiten. Daher ist es nur folgerichtig, dass Deutschland besonders Angehörige dieser Gruppen aufnehmen wird. Bereits eine Woche zuvor hat die Innenministerkonferenz (IMK) die Bereitschaft der Länder bekundet, im Rahmen einer europäischen Lösung 2500 Irakflüchtlinge in Deutschland aufzunehmen. Nach Jahren der Not heißen wir Flüchtlinge in Deutschland willkommen und bieten ihnen Unterstützung bei der Integration in unsere Gesellschaft.

Reformen zeigen Wirkung - Rekord bei Studienanfängern

Immer mehr junge Menschen erhalten die Chance zum Studium. Im Studienjahr 2008 nahmen rund 385 500 junge Menschen in Deutschland ein Studium auf. Das sind über 39 Prozent des Jahrgangs und mehr als je zuvor. 1998 waren es erst 29 Prozent. Unser 2005 im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vereinbartes Ziel, 40 Prozent eines Altersjahrganges ein Studium zu ermöglichen, ist damit nahezu erreicht. Nun gilt es, die Studienbedingungen weiterhin so zu gestalten, dass möglichst viele der heutigen Studienanfänger ihr Studium zu einem guten Abschluss bringen können. Die Zahlen belegen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Die Konturen der Bildungsrepublik Deutschland werden immer deutlicher.

In zweiter und dritter Lesung stand diese Woche das Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „**Deutsches Historisches Museum**“ an.

Ziel des Gesetzes ist es, durch Errichtung einer selbständigen bundesunmittelbaren Stiftung des öffentlichen Rechts eine neue, tragfähige Rechtsform für das Deutsche Historische Museum (DHM) zu schaffen, das derzeit in der Rechtsform einer GmbH besteht. Vorgesehen ist zudem – entsprechend dem Auftrag des Koalitionsvertrages – die Schaffung einer auf die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung gerichteten Ausstellungs- und Dokumentationsstelle in Berlin. Sie soll in der Rechtsform einer unselbständigen Stiftung und in Trägerschaft des Deutschen Historischen Museums als „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ errichtet werden.

Wesentliches Ziel des in erster Lesung zu Debatte anstehenden **Gesetzes zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen** ist es, zum Erreichen der energie- und klimapolitischen Ziele der Bundesregierung beizutragen, indem der weitere Ausbau der Biokraftstoffe ab dem Jahr 2015 stärker als bisher auf die Minderung der Treibhausgasemissionen ausgerichtet wird. Darüber hinaus ist vorgesehen, die gesetzliche Quote für Biokraftstoffe für das Jahr 2009 von 6,25 Prozent auf 5,25 Prozent abzusenken. Für die Jahre 2010 bis 2014 wird die Quote auf einer Höhe von 6,25 Prozent eingefroren. Für das Jahr 2011 ist eine Überprüfung der künftigen Quotenhöhen im Rahmen eines Berichts der Bundesregierung an den Bundestag vorgesehen. Auch soll erstmals Biomethan auf die Ottokraftstoff-

und die Gesamtquote angerechnet werden können, sofern bestimmte Anforderungen im Produktionsverfahren erfüllt sind, die eine günstige Klimabilanz gewährleisten. Zudem ist vorgesehen, die steuerliche Belastung von reinem Biodiesel außerhalb der Quote in den kommenden Jahren um jeweils 3 Cent pro Liter gegenüber der bisherigen gesetzlichen Regelung abzusenken.

Um die **Identifizierung mit der parlamentarischen Demokratie und die Akzeptanz der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu stärken**, fordern wir die Bundesregierung mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD Zur Lage der politischen Bildung in Deutschland auf, verstärkte Aktivitäten auf dem Feld der politischen Bildung zu entfalten. Politische Bildung kann wachsende Kenntnisse und eine handlungsorientiert aktivierende Wirkung entfalten. Sie leistet damit einen wesentlichen Beitrag gegen den allgemeinen Politikverdrossenheit und die Neigung zu autoritären Lösungen. Der Bundeszentrale für politische Bildung kommt bei all diesen Aufgaben eine zentrale Bedeutung zu. Hierzu muss die politische Bildung bereits in der frühkindlichen Erziehung und der Grundschule, aber auch der schulischen und der Erwachsenenbildung stärker verankert werden. Auch die Auseinandersetzung mit Extremismus jeglicher Art, insbesondere die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiösem Extremismus sind dauernde Aufgaben der politischen Bildung.

Zu guter Letzt:

Immer weniger Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherung: Seit dem Inkrafttreten der Gesundheitsreform am 1. April 2007 ist die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung deutlich zurückgegangen. Von April 2007 bis September 2008 haben rund 120.000 Personen wieder Krankenversicherungsschutz erhalten. Im ersten Quartal 2007 hatten in Deutschland rund 211.000 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz gelebt. Damit konnte die Zahl der nicht Krankenversicherten um knapp 57 Prozent reduziert werden. Mit einer weiteren Reduzierung ist ab dem 1. Januar 2009 zu rechnen, wenn die seit 2007 für die Gesetzliche Krankenversicherung geltende Versicherungspflicht auch auf die Privaten ausgedehnt wird. Seit Mitte der 90er Jahre war die Zahl der Nichtversicherten kontinuierlich zurückgegangen.

(Quelle: Hans Böckler Stiftung)